

Interview mit „FRITZ - Junge Zeitschrift für Ostpreussen“ vom 15.12.21

Christoph de Vries MdB, Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

1. Sehr geehrter Herr de Vries, vielen Dank, dass Sie sich die Zeit für den „Fritz“ genommen haben. Zunächst einmal die obligatorische Frage, wie Ihr eigener Familienhintergrund im Hinblick auf Flucht und Vertreibung ist.

Die Familie meiner Mutter stammt aus Kunewald nahe Neutitschein im Sudetenland und wurde am 16. Juni 1946 in Viehwaggons nach Deutschland verbracht, wo sie seitdem in Heidelberg lebten. Kopien von den Listen der Transporte hat mein Onkel uns kürzlich zukommen lassen, auf denen die Familie meiner Mutter bei Waggon 33 steht. Aufgeführt ist übrigens auch Elvira Pisch, später Becker, die Mutter von Tennisspieler Boris Becker und Cousine meiner Mutter.

2. Sie selbst sind, wie auch wir beim BJO, nicht Teil der Generation, die Flucht und Vertreibung noch persönlich erleiden musste. Wie haben Sie von dem Schicksal Ihrer Familie das erste Mal erfahren und welchen Eindruck hat das bei Ihnen hinterlassen?

Meine Mutter hat oft von der bewegten Lebensgeschichte meiner Großeltern berichtet, die fleißige, angesehene und relativ wohlhabende Bürger waren. Von einem auf den anderen Tag ging alles Hab und Gut verloren. Folgeschwer war nicht nur der ökonomische Verlust, sondern auch der Verlust des gesellschaftlichen Status. Zur Wahrheit gehört ja auch, dass die Vertriebenen direkt nach Kriegsende vielfach nicht besonders gern gesehene Ankömmlinge waren, weil die ansässige Wohnbevölkerung selbst unter Mangel und Armut litt. Prägend in der Kindheit meiner Mutter war zunächst die Armut, welche die Familie erlitt. Die Auseinandersetzung mit dem Vertriebenen schicksal der Familie hat sich dann mit zunehmenden Alter noch verstärkt.

3. Die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der Unionsfraktion im Bundestag führen Sie seit dieser Legislaturperiode an. In der letzten Legislaturperiode gab es insbesondere das „Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ als Großprojekt, in dem auch die Ostvertriebenen gewürdigt werden. Welche Projekte und Pläne schweben Ihnen für die aktuelle Legislaturperiode vor? Und wie sind diese angesichts der Oppositionsstellung der Union umsetzbar?

Die Eröffnung des Dokumentationszentrums Flucht, Vertreibung, Versöhnung im Sommer 2021 durch Bundeskanzlerin Angela Merkel ist in der Tat ein großer Meilenstein der deutschen Erinnerungspolitik. Es war immer ein Herzensprojekt der Union und es ist kein Geheimnis, dass die Parteien des linken Spektrums wenig übrig hatten für dieses wichtige Gedenkvorhaben. Den Grünen schwebte übrigens als Opposition konzeptionell im Grunde ein Migrationsmuseum vor. Wir müssen daher mit unseren Zielen unter den neuen politischen Vorzeichen für die neue Wahlperiode realistisch sein. Es wäre schon viel gewonnen, wenn es gelingt, den Status quo zu bewahren. Ich habe sehr große Sorgen, dass vieles von dem, was wir als Union in der Heimat- und Vertriebenenpolitik erreicht haben, durch die links-gelbe Koalition auf den Prüfstand gestellt werden wird. Wir haben die Bundesmittel für die Kulturarbeit nach Paragraph 96 Bundesvertriebenengesetz, die mit 31,16 Mio. Euro im Haushalt 2021 einen historischen Höchststand erreicht haben, seit 2005 fast verdreifacht. Die Vergangenheit lässt nichts Gutes erahnen. Denn nach dem Regierungswechsel 1998 haben SPD und Grüne ei-

nen massiven Kahlschlag bei der Kulturförderung vollzogen, der das Ende etlicher dieser Kultur-Einrichtungen bedeutete. Zudem ist der finanzielle Rahmen zur Finanzierung der kostspieligen Ampel-Pläne eng. Insofern ist diese Gefahr sehr real. Außerdem wird es darum gehen, die herausgehobene Stellung des Bundesbeauftragten für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten zu bewahren; am besten weiterhin in der ausgezeichneten Besetzung mit Bernd Fabritius, der bei Vertriebenen, Aussiedlern und deutschen Minderheiten äußerst angesehen ist. Sollte die Ampel dieses Amt zur Disposition stellen, wäre dies eine politische Abwertung der gesamten Aussiedler- und Vertriebenenpolitik durch die neue Bundesregierung.

Wir wollen als Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten im bevorstehenden Modernisierungsjahrzehnt den Bogen spannen zwischen Heimat, Tradition und Innovation. Das bedeutet erstens, die o.g. Errungenschaften mit aller Kraft zu verteidigen und erbitterten Widerstand zu leisten, wenn die neue Bundesregierung Einschnitte plant. Zweitens wollen wir die Kontakte und Verbindungen zu den Spätaussiedlern weiter ausbauen und intensivieren. Mein Ziel ist insbesondere, Ungerechtigkeiten im Fremdrentengesetz zu korrigieren und damit einen Beitrag gegen Altersarmut in der ersten Generation der Aussiedler und Spätaussiedler zu leisten.

Drittens wollen wir hörbar die Stimme erheben, wenn Minderheitenrechte unter Druck geraten.

4. Die Erlebnisgeneration der Flucht wird leider immer weiter ausgedünnt und jüngere Menschen wie Sie und der BJO müssen die Fackel der Erinnerung hochhalten. Wie kann uns das gelingen?

Indem wir sicherstellen, dass der Wissenstransfer von der Erlebnis- zur Bekenntnisgeneration weitergetragen wird. Hierzu muss nach unserer Vorstellung etwa das Deutschlandhaus als zentrales Dokumentations-, Bildungs- und Forschungszentrum in Berlin ausgebaut werden. Auch müssen wir dafür Sorge tragen, das Thema im Geschichtsunterricht fest zu verankern, der leider an vielen deutschen Schulen gekürzt oder mit anderen Fächern kombiniert wird. Ferner darf Lehre und Forschung der Geschichte der deutschen Ost- und Siedlungsgebiete an Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen nicht verschwinden. Deshalb werden wir Flucht und Vertreibung sowie die Langzeitfolgen auf der Agenda des Deutschen Bundestages halten.

Zudem haben sich die Tradition der Landsmannschaften, wenn auch in unterschiedlichen Ausprägungen, und die Patenschaften mit Bundesländern bis heute erhalten.

5. Sie sind ebenfalls Mitglied der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe des Bundestags. Wie gestaltet sich der Kontakt mit polnischen Politikern, insbesondere in Bezug auf die Erinnerungskultur an Flucht und Vertreibung aus den Ostgebieten und die immer noch dort lebende deutsche Minderheit?

Die Aktivitäten in der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe waren in der zurückliegenden Wahlperiode eher überschaubar. Themen wie Flucht und Vertreibung haben dort nach meiner Erinnerung keine nennenswerte Rolle gespielt. Wir erleben aktuell, dass die Rechte und Errungenschaften der deutschen Minderheit erheblich unter rechtspopulistischen Druck geraten. Abgeordnete der Regierungspartei „Solidarna Polska“ fordern öffentlich, die Zuschüsse für den Deutschunterricht an Schulen zu kürzen, die Befreiung von der 5%-Hürde bei Parlamentswahlen für die Minderheiten abzuschaffen und die zweisprachige Beschilderung zu beenden. Dies ist ein inakzeptabler Angriff auf die Rechte der deutschen Minderheit. Wir dürfen nicht zulassen, dass hier unbemerkt von der Öffentlichkeit in der EU Unrecht geschieht und hier kann die Parlamentariergruppe ein Format sein, diese Probleme anzusprechen. Aber in erster Linie sind Bundesregierung und EU gefordert einzuschreiten, wenn diese Pläne tatsächlich weiter betrieben werden. Ich habe Außenministerin Annalena Baerbock anlässlich ihres Antrittsbesuchs in Polen deshalb in einem persönlichen Schreiben darum gebeten,

die besorgniserregende Situation in der gebotenen historischen Sensibilität, aber auch klar zu thematisieren.

6. Als abschließende Frage: Haben Sie bereits die Ortschaften besucht, aus denen Ihre Familie vertrieben worden ist?

Ich war schon häufig in den früheren deutschen Ostgebieten in Polen, weil meine damalige Freundin und einer meiner engsten Freunde als Aussiedler von dort kamen. Im Sudetenland, der Heimat meiner Mutter, bin ich leider noch nicht gewesen. Das habe ich mir fest für diese Wahlperiode im neuen Amt vorgenommen und hoffe, dass die Corona-Pandemie mir keinen Strich durch die Rechnung macht. Meine Eltern sind bereits vor einigen Jahren in der alten Heimat gewesen. Der heutige Besitzer des Elternhauses ist mit dem ältesten Bruder meiner Mutter zur Schule gegangen und hat meine Eltern bei einem Besuch zu Kaffee und Kuchen hereingebeten. Zum Abschied hat er ihnen einen Korb mit Äpfeln mitgegeben. Nehmen Sie das mit, hat er gesagt, das ist aus dem Garten Ihrer Eltern. Das war eine sehr versöhnliche Begegnung.